

Studentische Wohnungsnot

# Enteignen ist die halbe Miete

// Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist in vielen deutschen Hochschulstädten mehr als angespannt. Das gilt nicht nur, aber auch und gerade für Studierende. Studentische Wohnungsnot ist vor allem das Problem steigender Mieten. Ein Lösungsvorschlag kommt aus Berlin und lautet: Enteignen! //

Die im BAföG für Studierende enthaltene maximale Wohnpauschale beträgt aktuell 325 Euro monatlich. Um aber in München davon ein WG-Zimmer bezahlen zu können, müsste sie mehr als doppelt so hoch sein. Auch in Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Freiburg liegt die Durchschnittsmiete für ein Zimmer bei mehr als 500 Euro monatlich. Teure WG-Zimmer sind dabei längst nicht mehr nur ein Problem der Großstädte. Das haben jüngste Erhebungen für das Jahr 2020 von [wg-suche.de](http://wg-suche.de) ergeben.

Der mittlerweile jährlich erscheinende Studentenwohnreport des Instituts der Deutschen Wirtschaft und des Finanzdienstleisters MLP verdeutlicht die extreme Schieflage. Denn während die Mieten beständig steigen, stagniert das durchschnittliche Einkommen von Studierenden bei etwa 900 Euro monatlich. Wohnungsnot ist also bereits jetzt für viele Studierende ein massives Problem.

## Langes Warten auf gefördertem Wohnraum

Die Studierendenwerke sollen über das Bereitstellen von Wohnheimplätzen eigentlich eine günstige Alternative zum freien Wohnungsmarkt schaffen. Allerdings ist die Nachfrage deutlich größer als der Bestand. Ergebnisse der 21. und damit jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 2016 zeigen, dass im Schnitt nur jede\*r fünfte Studierende einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen kann. Darin sind private Wohnheime, die sich nicht an die besonderen Mietregelungen der Studierendenwerke halten müssen, bereits eingeschlossen.

Studierende sind nicht die einzige gesellschaftliche Gruppe, die auf günstigen Wohnraum angewiesen ist. Die Zahl der Anspruchsberechtigten auf öffentlich geförderte Sozialwohnungen steigt kontinuierlich an. Gleichzeitig zeigen Erhebungen des Datenportals statista, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen innerhalb der vergangenen 15 Jahre fast halbiert hat. 2019 gab es bundesweit nur noch rund 1,1 Millionen Sozial-

wohnungen. Nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes könnten jedoch rund die Hälfte der in Deutschland lebenden Menschen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung geltend machen.

## Bezahlbarer Wohnraum ist knapp

Was für Studierende, Geringverdienende, Geflüchtete sowie andere vor allem marginalisierte Gruppen fehlt, ist nicht einfach Wohnraum, sondern bezahlbarer Wohnraum. Die zunehmende Privatisierung im Wohnungswesen treibt die Mieten immer weiter in die Höhe. Wenn beispielsweise Sozialwohnungen nach 20 bis 30 Jahren aus ihrer Mietpreisbindung fallen, sind es oft große Wohnungsunternehmen, die diese aufkaufen. Ihnen geht es aber in der Regel nicht um das Bereitstellen angemessenen Wohnraums, sondern vielmehr darum, Profite zu machen.

Auch in Berlin ist Wohnungsnot nicht nur unter den Studierenden groß. Die Deutsche Wohnen unterhält hier rund 111.000 Wohnungen, von denen ein Großteil früher in städtischem Besitz war, und ist damit die größte Wohnungsgesellschaft der Stadt. Gleichzeitig ist der Konzern eine Aktiengesellschaft und daher den Gewinninteressen seiner Aktionär\*innen verpflichtet. Mietpreissteigerung mit Luxussanierungen, überhöhte Nebenkostenabrechnungen und spekulativer Leerstand werden regelmäßig zur Steigerung der Gewinne eingesetzt.

## Deutsche Wohnen & Co enteignen!

Seit 2019 gibt es in Berlin deshalb die Initiative **Deutsche Wohnen & Co enteignen!** Ihre Kernforderung, nachzulesen auf [dwenteignen.de](http://dwenteignen.de): „Durch einen Volksentscheid wollen wir den Berliner Senat auffordern, ein Gesetz zu erlassen, welches die Vergesellschaftung der Wohnungen von privaten Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Berliner Wohnungen regelt sowie deren Überführung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts.“ Was auf den ersten Blick utopisch erscheint, ist auf den zweiten Blick eine bescheidene Forderung. Denn Artikel 15 des Grundgesetzes besagt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Der Staat greift im Übrigen gar nicht so selten zum Mittel der Enteignung, zum Beispiel für den

Straßenbau. So beispielsweise auch bei der umstrittenen Berliner Stadtautobahn A 100. Warum also nicht auch, wenn es um das Menschen- und Grundrecht auf Wohnen geht?

Der Initiative ist es wichtig zu betonen, dass Vergesellschaftung nicht einfach die Überführung des Wohnungsbestands privater Konzerne in kommunale Verantwortung bedeutet. Vielmehr gehe es im Anschluss daran auch um eine genossenschaftliche Verwaltung und weitreichende Mitbestimmungsrechte für Mieter\*innen.

Damit es zu einem Volksentscheid kommen kann, mussten in einer ersten Unterschriftenphase im Sommer 2019 mindestens 20.000 Berliner\*innen das Vorhaben unterstützen. Es wurden letztlich 77.001 Unterschriften. In der zweiten Unterschriftenphase, die diesen Februar begonnen hat und bis Ende Juni geht, muss die Initiative nochmal 175.000 Unterschriften sammeln. Ein möglicher Termin für den Volksentscheid wäre dann die Bundestagswahl am 26. September.

## Ein Beispiel für andere

Ob es soweit kommt oder nicht, **Deutsche Wohnen & Co enteignen!** hat bereits eine gute und wichtige Debatte angestoßen. Zuletzt solidarisierten sich auch die Berliner Landesverbände von GEW, ver.di und der IG Metall mit der Initiative. Das Problem (studentische) Wohnungsnot kann nicht mehr aufgeschoben werden, zu existenziell ist die Notlage für viele geworden. Jenen, denen Enteignung zu radikal wirkt, kann entgegengesetzt werden, dass mildere Mittel bisher keine wirklichen Erfolge hatten. Und ganz abgesehen von ihrer inhaltlichen Ausgestaltung, ist **Deutsche Wohnen & Co enteignen!** ein Vorbild für zivilgesellschaftliches Organizing, an dem sich jede Gewerkschaft ein Beispiel nehmen kann.



Max Nowak arbeitet für die GEW Südhessen in Darmstadt und ist zuständig für die gewerkschaftliche Studierendenarbeit. Er studiert Politikwissenschaft und Soziologie in Frankfurt am Main.

# Save the Date!

## „Studentische Wohnungsnot“

GEW-Seminar für Studierende vom 8. bis 10. Oktober 2021 (online)



Studierende in Berlin kämpfen gegen Wohnungsnot – gemeinsam mit der Initiative **Deutsche Wohnen & Co enteignen!** Sie werden von der GEW unterstützt.